

beschäftigt. Unter ihnen befand sich der Kollege P. Barthel, der wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit dem Prokuristen Kallenbach schon lange ein Dorn im Auge war. Da Kollege Barthel an den die Arbeiter schädigenden Massnahmen dieses Herrn häufig scharfe, aber gerechte Kritik übte und stets für die durch diese Massnahmen bedrohten Rechte seiner Mitarbeiter eintrat, ist es verständlich, dass er dem Prokuristen immer lästiger wurde. Nun hätte allerdings Herr K. die Ursachen der Kritik durch Vermeidung jeder Provokation und durch eine gerechte Behandlung der Arbeiter aus der Welt schaffen sollen. Dessen scheint aber der Herr nicht fähig zu sein, weshalb er danach trachtete, den unangenehmen Kritiker los zu werden. Nun konnte er aber nicht, wie in mehreren anderen Fällen, dem genannten Kollegen so ohne weiteres den Stuhl vor die Thür setzen, da dieser bereits länger als alle anderen Lithographen, und zwar schon mehr als 5 1/2 Jahre, zur vollsten Zufriedenheit in der Firma gearbeitet hatte. Und vor einer direkten Massregelung scheute der Herr im Hinblick auf den einmütigen Zusammenhalt aller Kollegen des Geschäftes doch zurück.

Nun kam der Prokurist auf einen anderen Gedanken. Durch den technischen Leiter liess er den Lithographen die Mitteilung zugehen, dass die General-Versammlung der Aktionäre beschlossen habe, aus »Ersparnisrücksichten« die Lithographie im Hause aufzugeben und alle Arbeiten beim Privatlithographen machen zu lassen. Als Kündigung sei diese Nachricht nicht aufzufassen, aber wenn die Herren Lithographen eine andere passende Stellung gefunden hätten; möchten sie diese annehmen. Nun erschien allen dortigen Kollegen diese Mitteilung von vornherein recht sonderbar, da die Arbeiten der Privatlithographen selten billiger, aber häufig viel schlechter waren als die im Hause angefertigten. Um aber der Firma zu zeigen, dass es auch noch andere, passende Stellungen gäbe, suchte und fand Kollege Barthel bereits am andern Tage anderes, geeignetes Engagement, kündigte am nächsten Sonnabend und sagte Mitte Mai der feinen Bude Valet, der er 5 1/2 Jahre seine Kraft geopfert hatte.

Nach seinem Fortgange war von einer Aufgabe der Lithographie nie mehr die Rede; und als ein Kollege den technischen Leiter nach dem Zeitpunkt der Auflösung fragte, wurde ihm bedeutet, ruhig weiter zu arbeiten. Schon damals wurde vermutet, dass die Nachricht eine Vorspiegelung falscher Thatsachen gewesen sei und diese Vermutung wird jetzt zur Bestimmtheit. Am vorigen Montag wurden 2 neue Kollegen eingestellt. So erfreulich es ist, dass das lithographische Atelier erhalten bleibt und nicht alle Arbeiten beim Privatschuster angefertigt werden, so ist doch aus dem Verlauf der Sache zu ersehen, dass die Firma vor 5 Monaten eine Finte gemacht hat, um einen durch sein Eintreten für die Arbeiterinteressen lästig gewordenen Angestellten loszuwerden. Und trotz dieser Finte machte der Prokurist K. in seinem Entwurf zu einer neuen Arbeitsordnung seinen Leuten die Bethätigung guter christlicher Sitte und viele andere ähnliche schöne Sachen zur Pflicht.

Sein Urteil hat sich der schneidige Herr übrigens bei einer anderen Gelegenheit selbst gesprochen, indem er einem anderen Kollegen aus der Steindruckerei, der, um einen Hilfsarbeiter, der ihm trotz Verbot von oben während der Arbeitszeit eine Flasche Bier geholt hatte, zu decken, sein Eigentumsrecht an dieser verleugnete, die schönen Worte entgegenschleuderte: »Wer lügt, der stiehlt!« Kommentar überflüssig!

Die Beamtenwahl in Berlin III.

Als ich in No. 40 der »Graph. Presse« die Antwort auf meinen Artikel in der vorausgehenden Nummer zu lesen begann, da erinnerte ich mich sofort des Schulmeistertones, welchen einige Berliner Lithographen auf der Generalversammlung in Dresden gegen die anderen Kollegen angeschlagen haben. Immer so von oben herab, die Uebrigen sind ja lauter beschränkte Menschen. Nach den eminenten Niederlagen, welche der geistige Führer der Filiale III in letzter Zeit erleben musste, dürfte Bescheidenheit weit eher am Platze sein. Mein Artikel hat seinen Zweck vollkommen erfüllt, indem er den 600 Lithographen, welche in der Versammlung am 14. Sept. fehlten, Einblick in dieses ungerechte Wahlarrangement gegeben hat. Ich konnte bis heute keinen Kollegen in Berlin finden, welcher mit dieser Sache so, wie sie gemacht wurde, einverstanden wäre. Die Verwaltung hat kein Recht, von einer einmütigen Ablehnung meines Artikels durch die Berliner Kollegen zu sprechen, das ist eine Phrase. Meine Auffassung haben sich bereits die meisten Kollegen in Berlin zu eigen gemacht.

Ich konstatiere folgendes:

Mein Artikel war sachlich, ohne Beschmutzung der Zahlstelle. Es ist nicht wahr, dass ich den Beamten Barthel geschmäht habe.

Es ist Thatsache, dass über Rudolf nur nachteiliges berichtet wurde im Referat, dass seine Arbeit zu wünschen übrig lasse, dass er an der Ausschustätigkeit nicht viel auszusetzen hatte (das gilt auch als Fehler), woraus Tischendörfer den Schluss zog, Rudolf sei nicht selbständig genug. Es ist Thatsache, dass Albrecht vor der Versammlung zum Verzicht animiert wurde. Dieser Vorgang verhält sich detailliert folgendermassen: Tischendörfer erbot

sich in der Vertrauensmännersitzung, mit Albrecht zu sprechen, damit derselbe in seinem eigenen Interesse von der Bewerbung um den Posten zurücktreten soll. In diesem Sinne hat auch eine Besprechung zwischen den beiden Kollegen stattgefunden. Da jedoch Albrecht nur zu Gunsten Rudolf zurücktreten wollte, nahm Tischendörfer den Standpunkt ein, er solle nun seine Bewerbung doch aufrecht erhalten, indem die Verwaltung für Rudolf noch weniger geneigt sei wie für Albrecht. Man wollte Rudolf unter keinen Umständen an die zweite Stelle kommen lassen.

Es ist Thatsache, dass Tischendörfer im Correspondenzblatt vom Schieben der Verbandsangelegenheiten im allgemeinen spricht, ev. gegen den Willen der Majorität. Wenn nun die Verwaltung schreibt, Tischendörfer habe sich das nur bei Streiks gedacht, so ist das vollendeter Unsinn; bei Streiks hat die Verwaltung erst recht den Willen der Mehrheit zu beachten.

In meiner eigenen Sache bemerke ich, dass ich nicht wieder erschienen bin, als der Posten in Aussicht war, (das ist zu kindisch) sondern, dass ich seit 1/2 Jahr wieder als Lithograph thätig bin und mich dementsprechend auch wieder am Vereinsleben beteilige. Es ist die Verwaltung genau über meine persönlichen Angelegenheiten informiert, aber man möchte mich gerne bei den Kollegen verächtlichen; das ist des Pudels Kern. Jedenfalls werde ich mir noch öfters erlauben, eine eigene Meinung zu haben, was in Berlin III sehr nötig ist.

Berlin, 9. Oktober 1904.

Julius Hader.

Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Steinschleifer tagte am 24. September abends 9 Uhr bei Hermann, Kaiser Wilhelmstr., in welcher Kollege Nordmann das Referat hielt. Er führte aus, dass durch den Beschluss des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, welcher es den in ihrem Verbandsorganisierten Steinschleifern freistellte, Mitglieder zu bleiben, jedoch Neuaufnahmen derselben nicht mehr vornimmt, es im Interesse einer thatkräftigen Agitation liegt, eine Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden. Er ersucht die Anwesenden, dem vor 3 Wochen gefassten Beschluss der Steinschleifer-Versammlung dadurch Nachdruck zu verschaffen, dass sie geschlossen in den Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen eintreten und dann im Verein mit diesen, die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuführen. Er tadelt dann das Verhalten des Kollegen Pucher auf dem Kongress, ebenso die Graph. Presse, welche sich in dieser Frage sehr zurückhaltend benommen habe, da der Kongress zu Gunsten des Uebertritts zum Hilfsarbeiter-Verband sprach. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

»Die heutige öffentliche Versammlung der Steinschleifer erklärt in Anbetracht der gegenwärtigen Verhältnisse den Verband der in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen als diejenige Organisation, der die Steinschleifer anzugehören haben und sind alle anderen Verbänden angehörigen Steinschleifer aufzufordern, obengenannter Organisation beizutreten. K.

Hamburg. Zur Sperre über die Firma Karl Griese hier, den Kollegen zur Nachricht, dass es sich hier um eine Tarifverletzung handelt, welche von den in Betracht kommenden Kollegen energisch zurückgewiesen wurde; Grund dessen wurde einem Kollegen gekündigt und nachdem eine Einigung mit der Firma nicht erzielt werden konnte, reichte auch der andere dort beschäftigte Kollege die Kündigung ein. Die Verwaltung.

München I. Zwölf Jahre lang war der Faktor Georg König aus Leipzig Mitglied unseres Verbandes. Zwölf Jahre lang eine grosse Lüge. Statt ehrendes über ein so langjähriges Mitglied berichten zu können, sehen sich die Münchener Kollegen veranlasst, das Gastspiel dieses Herrn der grossen Öffentlichkeit zu unterbreiten, um die Kollegen vor einem Wolf im Schafspelz zu warnen. In Geschäftsversammlungen grossmäulig donnernd, dass immer wieder Kollegen da wären, welche alles dem Direktor hintertragen, besorgte König dieses tags darauf mit der grössten Gewissenhaftigkeit selbst. Ein Kollege wurde von K. erst provoziert, um dann als Hetzer zum Streik denunziert zu werden. Die seitens der Geschäftsleitung verfügte Entlassung eines Landmannes von K. gab ihm Veranlassung und Grund aus der Organisation auszutreten. Warum musste auch dieser fliegen und nicht andere, welche schon länger im Geschäft waren? Allerdings, das waren nicht Königs Freunde. Nicht mehr im Verein, konnte der Brave seine wahre Natur zeigen. Die Kollegen, mit denen man erst in Versammlungen gegen die Firma gehandelt hatte, wurden bei jeder Gelegenheit verraten. Er, der erst überhaupt nichts schaffte, arbeitete nun an zwei und drei Maschinen, natürlich nur leichtere Sachen druckend, schwierigeres den anderen Maschinenmeistern überlassend. Nun wurde es den Kollegen zu bunt. Sie forderten in einer Unterredung mit dem Chef der Firma die Entlassung Königs, andernfalls ein Eintreten in den Streik un-

vermeidlich wäre. Der Chef schien zu glauben, ein Juwel von einem Faktor zu haben und zögerte, obwohl bewiesen wurde, dass K. seiner Aufgabe als Faktor nicht im Entferntesten gewachsen sei. Eine Rechtfertigung Königs in einer nochmals einberufenen Versammlung fiel geradezu kläglich aus, und bestärkte die Kollegen in ihrem Vorgehen. König kündigte nun »freiwillig«. Jetzt brauchte er seinen Gefühlen erst recht keinen Zwang mehr anzuthun. Die Trümpfe, die er gegen die Kollegen der Reihe nach ausspielte, prallten an dem Zusammenhalten derselben wirkungslos ab. Die hiesigen Kollegen hatten es ihm gekocht, heisser als er es essen konnte, und seine Aeusserung, jeden derselben, wann und wo er ihm immer treffe, unmöglich zu machen, wird er, seinem Charakter kann man dies zutrauen, auch in die Praxis umsetzen. Einen Beweis dafür haben wir bereits. Deshalb seien die Kollegen Deutschlands gewarnt.

Offenbach a. M. (Verspätet.) In der am Samstag, den 17. September stattgefundenen Versammlung hiesiger Zahlstelle, stand unter andern auch der Bericht von der Generalversammlung in Dresden mit auf der Tagesordnung. Als Referent hierzu war der Delegierte des Wahlkreises, Kollege Mössinger aus Hanau, erschienen. Derselbe gab in zweistündiger Ausführung ein klares und ausführliches Bild von den einzelnen Verhandlungen. Dabei hervorhebend, dass wenn auch ein grosser Teil der Kollegen nicht mit dem Resultat der Versammlung zufrieden sei und die Generalversammlung durch die langen persönlichen Reibereien nur verhältnismässig wenig praktische Arbeit geliefert hätte, es doch zu begrüssen sei, dass die einzelnen Differenzen, wie sie zwischen Vorstand, Ausschuss, München und Düsseldorf bestanden, in friedlicher Weise erledigt seien. Näher auf die einzelnen Streitfälle eingehend, übt der Referent vor allem scharfe Kritik an dem Verhalten des Kollegen Tischendörfer, auf und nach der Generalversammlung. Besonders verwahrt er sich gegen den Vorwurf Tischendörfers, das Frankfurter Schiedsgericht habe nicht unparteiisch und objektiv gehandelt. Das Schiedsgericht habe alles genau geprüft und danach sein Urteil gefällt. Wenn T. ferner auf der Generalversammlung erklärte sich nicht entsinnen zu können, sein Ehrenwort gegeben zu haben, sich nicht mehr an Sonderbestrebungen zu beteiligen, so müsse Referent dies ganz entschieden zurückweisen. T. habe unaufgefordert zweimal sein diesbezügliches Ehrenwort abgegeben. Auch die Entschuldigung, dass wenn es geschehen sei, er schon zu sehr ermüdet war von der langen vorhergegangenen Tagung und er deshalb seinen Worten nicht mehr die richtige Fassung geben konnte, müsse zurückgewiesen werden. T. sei so munter gewesen wie jeder andere von den Schiedsrichtern und ein gegebenes Ehrenwort vergisst man nicht so leicht. Redner bedauert den Entschluss ein neues Schiedsgericht einzuberufen. T. sei eben nicht mehr wie jeder andere Kollege und deshalb hätte er, wenn ihm das Wohl der Gesamtheit am Herzen lag, sich dem Frankfurter Schiedspruch fügen müssen. Auch nach dem Urteile des jetzigen Schiedsgerichts würde sich T. nicht zufrieden geben. T. nehme eben eine doppelzünigige Stellung in der Gewerkschaft ein. Auch das berühmte Briefschreiben von T. habe nach der Generalversammlung noch nicht aufgehört. So wie T. seiner Zeit durch seine Schreibereien an Obier, versucht hat die »Graph. Presse« in Nationales Fahrwasser zu bringen, so versuche auch T. jetzt wieder das Schiedsgericht zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Auch er Redner habe schon ein diesbezügliches Schreiben von ihm erhalten. Auch der in der »Hilfs« erschienene Artikel »Gewerkschaftsverderber« rieche sehr nach T. Zum Punkt der Tariffrage, hob der Referent hervor; dass gerade die Person auf welche wir bei der Tarifrage der Lithographen und Steindrucker grosse Hoffnung gesetzt hätten, unsere Tarifgemeinschaft mit zum Fall bringen half. Herr Fetback der sogenannte »weisse Rabe« sei es gewesen, der auf der Prinzipalsversammlung in Frankfurt a. M. das Referat gegen die Tarifgemeinschaft hielt. Zur Schleiferfrage übergehend, hält Redner den gefassten Beschluss der Generalversammlung für den geeignetsten; von den sämtlichen Anträgen welche der Generalversammlung vorlagen. Redner schloss seine trefflichen Ausführungen mit dem Hinweis, dafür zu sorgen, dass das Klassenbewusstsein auch unter den uns fernstehenden Kollegen geweckt werden müsse und dahingehend zu agitieren sei. Nur starke und mächtige Organisationen, sowie wehrhafte Volksvertretungen sind allein in der Lage unsere Lebenslage zu verbessern. In der darauf folgenden Diskussion gelangte nach kurzen Bemerkungen einiger Kollegen folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

»Die heutige Versammlung der Zahlstelle Offenbach a. M. kann sich mit dem Beschluss der Generalversammlung, auf Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts in Sachen Tischendörfer nicht einverstanden erklären; da hierdurch der Generalversammlung der Charakter als oberste Instanz genommen ist. Die Versammlung ist der Ansicht, dass der Frankfurter Schiedspruch trotz eventueller Formfehler als objektiv und sachlich anzusehen ist und die Berechtigung für Einsetzung eines neuen Schiedsgerichts nicht vorhanden sei. — Die Versammlung ist aber auch mit dem Ausschluss der Schleifer aus unserer

